Nr. 529. XVIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Freitag, 18. Oktober 1889.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Zar und Fürst Bismarck.

Ueber die zwischen dem Zaren und dem Fürsten Bismarck in Berlin gepflogenen politischen Verhandlungen sind den „Hamb. Nachr." mehrere Berliner Zuschriften zugegangen, in denen zunächst bestätigt wird, daß der Zarenbesuch die Friedensaussichten verstärkt habe, daß es betreffs der allgemeinen Tendenz des Dreibundes gegenüber Rußland und auch gegenüber Frankreich zu befriedigenden Auseinandersetzungen gekommen sei. Der Zar habe besorgt, der Dreibund könne doch irgend eine den Leitern desselben günstig erscheinende Gelegenheit ergreifen wollen, um Rußland vor die Kriegsfrage zu stellen, oder er resp. Deutschland könnte es zu einem Kriege mit Frankreich treiben, um etwaige günstige militärische Chancen auszunutzen, und Rußland könnte dadurch in die Nothwendigkeit versetzt werden, sich über die Theilnahme an einem solchen Kriege zu entscheiden. Man dürfe annehmen, daß es in beiden Beziehungen gelungen sei, dem Zaren die etwa noch Berlin mitgebrachte Besorgniß zu benehmen. Weiter heißt es in dem Hamburger Blatte:

Der Zar soll die Unterredung mit dem Fürsten Bismarck damit begonnen haben, daß er ihm für das in der Schweizer Sache bekundete Auftreten gegen die Anarchisten dankte. Der Zar soll geäußert haben, in diesem Punkte vermöge Fürst Bismarck ihm und seinem Lande mehr zu nützen, als er selbst; diese Frage bilde überhaupt das Band der Monarchien; selbstverständlich fielen alle Bemühungen in dieser Sache bei ihm, dem Zaren, auf dankbaren Boden. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß alle Staaten den nächsten Kampf im Innern zu führen hätten. Bei Berührung der Vorgänge in den russischen Ostseeprovinzen soll sich der Kanzler in einem Sinne geäußert haben, welcher der den Klagen der österreichischen Deutschen gegenüber festgehaltenen Stellung durchaus entsprach und dem Zaren keinen Grund zu Einwänden gab. Die Frage der militärischen Rüstungen soll überhaupt nicht berührt worden sein; dagegen soll der Zar die Meldung der „Köln. Ztg." über den Bericht Obrutschefs als erfunden bezeichnet haben. Es sei ganz natürlich, daß der Generalstabschef der russischen Armee und das Land so stark als möglich machen wolle; darauf bezügliche Berichte müsse derselbe allsährlich dem Kaiser vorlegen, ganz wie dies in Deutschland der Fall sei. Irgend welche Erklärungen über Deutschlands Stellung zu Oesterreich und umgekehrt sind vom Zaren nicht hervorgerufen und vom Fürsten Bismarck nicht gegeben worden. In Bezug auf Bulgarien soll Fürst Bismarck darauf hingewiesen haben, daß, weil Rußland ein direktes Recht an dem Lande habe, es rathsam wäre, sich der Sympathien der Bevölkerung zu versichern, und das Emissärwesen zu beschränken, weil dieses nicht zum Ziele zu führen scheine. Ferner soll der Fürst erklärt haben, daß Deutschland nach wie vor Bulgarien so objektiv gegenüber stehe wie den russischen Bestrebungen in Asien. Rußland und Englands Verständigung sei hier nicht nur möglich, sondern auch wünschenswerth. Der Fürst soll geäußert haben, er sei mit dem Gesammtergebniß der Unterredung sehr zufrieden; er habe sich von Neuem überzeugt, daß der Zar durchaus friedliebend sei; er werde nie Krieg gegen Deutschland beginnen. Die Zukunft sei eine friedliche.

Ferner wird in den „Hamb. Nachr." in sehr gewundener Form auseinandergesetzt, es sei nicht bekannt, ob es bei den Verhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Zaren zu einer Verständigung über die den Keim von Konflikten zwischen dem Dreibund und Rußland enthaltenden Balkanfragen gekommen sei; da aber versichert werde, daß die Friedensaussichten verstärkt worden, da ferner für die Erhaltung des Friedens die Balkanfragen in erster Linie in Betracht kommen, so sei mit logischer Nothwendigkeit zu schließen, daß „die Balkanfragen im Sinne der Erklärungen des Reichskanzlers vom 6. Februar 1888 erledigt worden sind." Der Reichskanzler sprach nun aber in dieser Rede den seither oft citirten Satz aus:

„Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung einer kongreßmäßigen Situation in Bulgarien, die es beim Sultan zu thun beabsichtigt, zu unterstützen, so habe ich kein Bedenken, das zu thun. Es ist die Aufgabe der deutschen Politik, sich dabei allein an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten und an die Auslegung, die wir ihm damals gegeben haben, und sich nicht durch die Stimmung der Bulgaren beeinflussen zu lassen."

Danach würde also das, was die Hamb. Nachr. die „Erledigung der Balkanfragen" nennen, darauf hinauslaufen, daß in der Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Zaren abermals der alte Standpunkt fixirt ist, daß Deutschland die diplomatischen Bemühungen Rußlands, den „berechtigten" Einfluß in Bulgarien wiederzugewinnen, unterstützen würde. Damit wäre also die bulgarische Frage nicht, wie das Hamburger Blatt sich ausdrückt, „erledigt", sondern auf die Situation nach der Konferenz Bismarcks mit dem Zaren am 18. November 1887 zurückgeschraubt: Bulgarien dem russischen, Serbien dem österreichischen Einfluß.

Die Auslassungen der „Hamb. Nachr." schließen mit einem Ausfall gegen die durch eine Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen „aufs Schmerzlichste betroffene Preßvertretung der englisch-österreichisch-bulgarischen Börseninteressen":

„Ein Blatt dieser Richtung stellte dieser Tage die kühne Behauptung auf, schon aus Gründen des Wechsels aller realpolitischen Auffassungen könne nicht mehr davon die Rede sein, daß Fürst Bismarck über Bulgarien heute noch so denke wie vor 1½ Jahren. Das mag fein; dagegen erscheint die Annahme, daß Fürst Bismarck inzwischen Grund erhalten hätte, über den vorgeschobenen Strohmann, der in flagranter Verletzung des europäischen Rechts mit orleanistischem Gelde auf den Thron von Sofia gehalten wird, günstiger denke als im Februar 1888, gänzlich irrig. Sicherlich wird Fürst Bismarck seine Auffassung stets im Einklang mit der Entwickelung der Verhältnisse modifiziren; nur ist nicht einzusehen, wie er auf diesem Wege dazu hätte gelangen können, sich für Bulgarien und den Prinzen von Koburg zu begeistern. Wenn die Organe jenes bestimmten Börseninteresses äußern, daß seit der 1888er Rede des Fürsten Bismarck „alle Anzeichen sich vereinigt hätten, um die Ueberzeugung zu wecken, daß man in Berlin den vorher demonstrativ zur Schau getragenen Indifferentismus gegenüber den Vorgängen auf dem Balkan abgestreift und sich mehr und mehr der Anschauung der Alliirten genähert habe, nach welcher der selbstständigen Entwickelung der Balkanvölker thatkräftiger Vorschub zu leisten sei," so ist dies, falls damit ein Umschlag der Berliner Stimmung speziell zu Gunsten Bulgariens angedeutet werden soll, eine gegenstandslose Insinuation. Oder worin hätten diese Anzeichen, von denen in wohlberechneter Absicht in einem Tone gesprochen wird, als ob es sich um weltbekannte Dinge handle, bestanden?"

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, ist die jüngste Preßkampagne zu Gunsten der Anerkennung des Fürsten Ferdinand durch die Pforte vom hochoffiziösen Wiener „Fremdenblatt" eingeleitet worden, nachdem zuvor die hochoffiziöse Wiener „Pol. Korr." die erste Meldung über die bezügliche Absicht der Pforte gebracht hatte. Diese Preßkampagne ist sodann von der offiziösen „Köln. Ztg." aufgenommen und in allen Blättern Europas fortgeführt und besprochen worden. Wir konstatiren diese Thatsache, weil es uns nicht erfindlich ist, wie man plötzlich behaupten kann, das „englisch-österreichische-bulgarische Börseninteresse" habe besagte Preßkampagne inszenirt. Diese Verdrehung der Thatsachen ist nicht gerade geeignet, den Glauben an eine „Erledigung" der Balkanfragen zu erhöhen. Es scheint in Wahrheit Alles beim Alten geblieben zu sein, nur der Zar ist wieder einmal beruhigt und friedlicher gestimmt worden. Freilich, auch das ist ein Gewinn, mit dem wir für jetzt zufrieden sein können.

---

* Herr **v. Schorlemer-Alst** hat, wie uns aus Münster i. Westf. telegraphirt wird, sein **Mandat zum preußischen Abgeordnetenhause niedergelegt.** Aus dem Reichstage war der Centrumsführer schon vor Jahren ausgeschieden, so daß er mit seiner jetzigen Mandatsniederlegung gänzlich vom parlamentarischen Kampfplatz zurücktritt. Die Gerüchte über Differenzen zwischen dem „westfälischen Bauernkönig" und der Windthorstschen Centrumsleitung hatten schon durch das demonstrative Fortbleiben Schorlemers vom Dortmunder Katholikentag eine starke Unterstützung erhalten, und überaus verdächtig war die Aengstlichkeit, mit der die klerikale Presse den Erörterungen über diesen Punkt aus dem Wege ging. Dieser neueste Schritt läßt den seit der Beendigung des Kulturkampfes eingetretenen Riß im Centrum noch schärfer hervortreten. Schorlemer hat sich zwar offenbar zur Mandatsniederlegung entschlossen, um die Einigkeit in der Partei nicht zu stören und einer öffentlichen Spaltung vorzubeugen. Diese wird sich aber jetzt kaum mehr lange aufhalten lassen, und der früher oder später zu erwartende Zerfall des Centrums in eine adelig-konservative und eine demokratisch-oppositionelle Gruppe ist durch die Entschließung Schorlemers in unvermutheter Weise näher gerückt.

---

* Herr **v. Puttkamer** will es nicht gewesen sein, der der **Waldersee-Versammlung** durch eigenmächtige Hinzuziehung **Stöckers** jenen einseitigen und kompromittirenden Stempel aufdrückte. Unser Kölner ⊙-Korrespondent telegraphirt:

Herr v. Puttkamer richtete an die „Kölnische Zeitung" ein Schreiben, welches deren Angabe, Puttkamer habe die Einladungen zur Waldersee-Versammlung vorgenommen und die Auswahl der Einzuladenden ohne Vorwissen Anderer als der Einladenden getroffen, für erfunden erklärt.

Die „Kölnische Ztg." bemerkt dazu, die Kreuzzeitung habe nach Erklärung im „Reichsanzeiger" behufs Ablenkung der Aufmerksamkeit und Verwirrung der öffentlichen Meinung ohne sachlichen Grund Herrn v. Puttkamer in die öffentliche Erörterung gezogen. Die „Kölnische Ztg." habe diesen Verdunkelungsversuch zurückgewiesen, um die Beeinträchtigung der Wirkung des Kaiserswortes zu verhindern. Puttkamers Erklärung bestätige die Behauptung der „Kölnischen Ztg.", daß Puttkamer die Auswahl der Einzuladenden vornahm. Sie bestreite in keiner Weise die weitere Feststellung, daß weder Prinz Wilhelm noch Graf Waldersee von der Zuziehung Stöckers Kenntniß gehabt. Die „Kölnische Ztg." wisse sehr wohl, daß die formellen Einladungen nicht von Puttkamer, sondern von einem Herrn des Hofes unterschrieben worden, der mit der Auswahl der Einzuladenden nicht befaßt war. Als der die Auswahl Treffende habe bisher allgemein Herr v. Puttkamer gegolten.

Obwohl die „Köln. Ztg." formell den Rückzug vor der Puttkamerschen Erklärung antreten muß, ist es doch immerhin auffallend, daß der Exminister nicht ausdrücklich zu erklären vermag, die Zuziehung Stöckers sei mit dem Vorwissen des kaiserlichen Prinzen und des Grafen Waldersee erfolgt. Dieser entscheidende Punkt wird durch das Dementi nicht getroffen, und der gegen ihn erhobene Verdacht bleibt sonach im Wesentlichen doch auf ihm sitzen.

* * *

„Die Christlich-Sozialen in Berlin" ist die Ueberschrift eines Artikels der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung", in welchem Herr **Stöcker** seine **Kaltstellung** bespricht. Darin hebt er besonders hervor — was bis jetzt noch nicht weiter bekannt geworden war —, daß der Entschluß, unter den gegenwärtigen Verhältnissen das „öffentliche Wirken" der christlich-sozialen Partei einzustellen, nicht von ihm, sondern aus dem Vorstande der Partei heraus angeregt worden sei. In der näheren Begründung wäscht Herr Stöcker dann in gewohnter Weise seine Hände in Unschuld und erklärt dem Kartell gegenüber, nachdem er soeben erst die Nationalliberalen und Freikonservativen entsprechend mitgenommen, daß sich „gewiß Niemand mehr freuen würde", wenn

---

△ „Der Schatten."

Schauspiel in 4 Aufzügen von **Paul Lindau.**

(Deutsches Theater.)

Zwischen den älteren erfolgreichen Schauspielen Paul Lindaus und dem neuesten, dem „Schatten", ist ein Unterschied unverkennbar — ein Unterschied in der Technik. Früher baute Paul Lindau breite Häuser mit Seitenflügeln und Erkern, in denen die Gesellschaft der Großstadt tochte, tokettirte und schwatzte, heute gleicht das Gebäude, das er errichtet, einem Thurm, der unaufhaltsam, ohne Anbau, ohne Nebenraum auffteigt, zielbewußt bis zum höchsten Gipfelpunkt. Man kann errathen, wie Lindau zu der neuen Technik kam; er fand sie bei Echegaray und trug sie in sein eigenes dramatisches Schaffen hinüber. Vielleicht hat er sie gar nicht bewußt, gar nicht absichtsvoll acceptirt, aber als er in den Blumenhain des spanischen Poetengartens sich versenkte, hat der Duft sich ihm voll und unabweisbar in die Kleider gesetzt, und er hat ihn mit nach Hause genommen, willig oder willenlos.

Aber es ist durchaus nichts Schlechtes, was er dort, in dem Hain des südlichen Dichters geerntet hat. Er hat gelernt, die Fäden der dramatischen Entwickelung straffer zu spannen, bestimmter auf das Endziel hinzugehen und die Handlung stetig auf den Schlußpunkt hin zuzuspitzen. Und wenn er früher wie ein plaudernder Spaziergänger uns mit witzigen Erklärungen und Erläuterungen durch die Säle führte, in denen das moderne Gesellschaftsleben auf und niederwuchte, so zieht er jetzt auch den Widerstrebenden mit zwingender Gewalt wehlos der Stätte zu, wo der letzte Vorgang seiner Erzählung sich abspielt. Aus dem Plauderer ist ein Dramatiker geworden — das bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt im Rein-Technischen.

Wenn Lindau früher es unternommen hätte, den buntbelebten Salon einer Operettendiva zu zeichnen, wie ganz anders wäre er dabei vorgegangen, als er heute es thut! Wir hätten eine Reihe vielfarbig glitzernder Szenen erhalten, ein halb Schock leichtsinniger Gestalten wäre auf die Bühne gesprungen, und in dem wundermächtigen Guckkasten des Dichters hätten wir der Reihe nach all' die Merkwürdigkeiten eines solchen Salons geschaut. Ganz anders heute! Keine Solofzenen halten den Gang der Handlung auf, und in den Salon der Gnädigen wird Niemand hineingelassen, der nicht Theil hat an der Fortentwickelung der Fabel. Und doch, die Zeichnung dieses Salons der Operettensängerin Edith Mühlberg (Teresina Gefner) ist bei Weitem der werthvollste Theil des neuen Schauspiels. Grade, weil hier nur scheinbar im Vorübergehen mit einigen achtlos hingestreuten Worten ein Bild geschaffen wird, verdient dieser erste Akt so hohes, uneingeschränktes Lob. Und Niemand, der einmal in diese Salons hineingeguckt, wird den leisesten Zweifel an der Richtigkeit des Bildes hegen. Wie lebensvoll ist das Alles: Edith ist keine Demimondaine, aber sie hat einen Freund, den sie liebt, der sie wiederliebt, der in den nächsten Beziehungen zu ihr steht, der sich den Herrn in ihrem Hause nennen darf, ohne ihr Gatte zu sein. Es kommen ihre Kolleginnen zu ihr, die guten Bekannten erscheinen und sagen ihr Artigkeiten, man tritt mit der brennenden Cigarre herein und bekommt vortrefflich zu essen, man fühlt sich gemüthlich und heimisch in den eleganten, wohnlichen Zimmern, in denen doch niemals ein häßliches, unreines Wort gelegt werden darf. Es ist ein musterhaftes Haus, bis, nun eben bis auf eine — „gewisse Unregelmäßigkeit"!

Auf diese „Unregelmäßigkeit" weist der Ministerialdirektor v. Waldhofen (Gustav Kadelburg) den Freund der Frau, den Regierungsrath Heinrich Freiherrn v. Brück (Otto Sommerstorff) an einem wunderschönen Winterabend mit ernsten Mahnerworten hin. Eine stolze, ehrenreiche Laufbahn liegt vor Heinrich; leicht kann der junge Regierungsrath die höchste Sprosse der gesegneten Beamtenkarrière erfteigen. Aber die Gesellschaft darf nicht an der Leiter rütteln, sie darf keine Gründe haben, den Sturz des Steigenden zu wünschen. Heinrichs Zusammenleben mit einer — unverheiratheten Frau aber, — Grund genug für den Zorn der Gerechten!

Der Ministerialdirektor sagt das Alles dem Regierungsrath, und der verspricht ihm, die „Unregelmäßigkeit" aus dem Wege zu schaffen. Er thut es drei Minuten später, indem er Edith seine Hand anbietet, bereit, aus der Geliebten die Gattin zu machen, die Freundin vor den Traualtar zu führen. Und er beharrt bei diesem Entschluß auch dann, als Edith ihm unter Thränen gebeichtet hat, daß ihre Vergangenheit nicht ganz fleckenlos gewesen sei, daß sie vor Jahren schon die Gefährtin eines anderen Mannes gewesen — eines Mannes der jetzt in der Ferne weile, drüben, im weiten Amerika. „Hast Du ihn geliebt?" das ist die einzige Frage, die Heinrich an sie richtet, und als Edith diese Frage verneint, ist der Freiherr zufrieden.

Dumas, Sardou und gar viele ihrer deutschen und nichtdeutschen Kollegen haben die Frage aufgestellt: darf ein Mann ein gefallenes Mädchen heimführen? In schwächlicher Weichlichkeit haben sich fast alle diese modernen Sittentüftler um die Beantwortung dieser Frage herumgedrückt. Hier, am Schluß des ersten Akts seines Schauspiels, giebt Lindau die volle, klare Antwort, und diese Antwort ist ein Ja. Sein Heinrich v. Brück ist Edelmann und Ehrenmann bis in die Fingerspitzen, aber er bedenkt sich nicht, sieht über den längst verjährten Fehltritt hinweg, denn er liebt und wird geliebt, und er weiß, daß das Herz keines zukünftigen Weibes allezeit rein und keusch geblieben ist. Die Kühnheit und Entschiedenheit, mit der Lindau hier den Knoten zertheilt und seine Ansicht zur Sache äußert, verdient den Beifall aller Feinde lauer Unentschlossenheit. „Ob's jedem recht, schiert ein Poet sich drum?"

Lindau also sagt: ein bereuter und beklagter Fehltritt ist kein Grund zur Verzichtleistung auf das Glück — auf das vom Priester gesegnete, vom Standesbeamten besiegelte Glück. Er sieht das Problem ganz anders an, als die meisten seiner Vorgänger: der Fehltritt aus Liebe scheint ihm eher ein Hinderniß für künftige Heirathsprojekte, als der Fehltritt aus sonstigen, liebesfremden Gründen. Wenns Herz nur rein ist — das ist seine erste Forderung. Aber unbarmherzig folgert er weiter: ein Ehrenmann kann über die Sünden der Geliebten hinwegsehen vor der Hochzeit — er wird nach der Hochzeit sich all dieser Sünden erinnern, und das wird der „Schatten" sein, der auf seine Lebensbahn fällt. Und um dies zu beweisen, sind die folgenden drei Akte des Schauspiels geschrieben worden. Doch der Beweis ist nicht voll geglückt, und träte der Regierungsrath Heinrich Freiherr von Brück vor den Richter und klagte gegen seine Frau wegen Vernichtung seines Lebensglücks, man würde ihn fortschicken müssen wegen Mangels an Beweisen.

Es soll hier nicht die ganze Handlung erzählt werden. Genug, daß im dritten oder vierten Akt Heinrich vor seine Frau hintritt und ungefähr sagt: „All' das Fürchterliche, das über mich hereinbricht, das